

ELW1 Für eine europäische Agrarwende: gut für Landwirt*innen und Tiere, gut für Klima, Natur und Artenschutz - Gut für Niedersachsen.

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 20.03.2019

Tagesordnungspunkt: 3. Europäische Landwirtschaftspolitik

Für eine europäische Agrarwende: gut für Landwirt*innen und Tiere, gut für Klima, Natur und Artenschutz - Gut für Niedersachsen.

**1 Direktzahlungen müssen bis 2028 auslaufen und für die ökologische und
2 nachhaltige Ausrichtung der Agrarwirtschaft eingesetzt werden**

3 Die Europawahl entscheidet über die Zukunft der Landwirtschaft in der EU und in
4 Niedersachsen. Wir setzen uns für eine vielfältige, bäuerliche Landwirtschaft
5 ein, die Natur, Umwelt und Klima schont und hohe Tierschutzstandards sichert.
6 Doch von einer umfassenden Agrarwende sind wir bislang weit entfernt: Pestizide
7 werden noch immer ohne ausreichende Umweltverträglichkeitsprüfung zugelassen.
8 Tierschutzaufgaben sind unzureichend wie z.B. die Anforderungen an den
9 Platzbedarf von Schweinen, Hühnern und Puten. Die EU-Tiertransportverordnung für
10 Nutztiere wird von den Mitgliedsstaaten nur unzureichend umgesetzt. Die rot-
11 schwarze Landesregierung in Niedersachsen verweigert im Gegensatz zu anderen
12 Bundesländern ein Verbot für Exporte in Drittstaaten außerhalb der EU. Intensive
13 Landnutzung, überdimensionierte Ackerschläge ohne Strukturvielfalt, Grasäcker
14 statt Wiesen und Weiden treiben das Artensterben weiter – gefördert durch
15 flächengebundene Direktzahlungen aus EU-Fördermitteln. Zu hohe Tierzahlen, die
16 nicht zu den landwirtschaftlichen Flächen eines Betriebes passen und in riesigen
17 Mengen Importfutter wie Soja benötigen, sorgen für massive Überdüngung und
18 schädigen damit Gewässer und Böden. Das müssen wir ändern.

**19 Gemeinsame Agrarpolitik der EU neu ausrichten: Lebensgrundlagen erhalten,
20 Höfesterben stoppen**

21 Zentrales Steuerungselement für eine nachhaltige Agrarwirtschaft und den Schutz
22 unserer natürlichen Ressourcen Boden, Wasser, Luft, Klima, Arten- und
23 Biotopschutz ist das Fördersystem der gemeinsamen Agrarpolitik. Mit knapp 60
24 Milliarden Euro jährlich macht diese Förderung der Landwirtschaft und des
25 ländlichen Raumes rund 40 % des EU-Haushalts aus.

26 In den kommenden Monaten wird über die EU-Agrarförderung für die Jahre 2021 bis
27 2028 entschieden. Es geht darum, ob wir weiterhin unser Wasser, unseren Boden
28 und unsere Luft mit zu viel Stickstoff, zu vielen Pestiziden und zu viel
29 Feinstaub belasten oder ob jetzt endlich die Wende hin zu einer umwelt- und
30 sozialverträglichen Landwirtschaft eingeleitet wird: für gerechte Einkommen von
31 Bäuerinnen und Bauern, für unser Klima und den Schutz der biologischen Vielfalt,
32 für sauberes Wasser, gesunden Boden und gute Luft.

33 Für die Zukunft der in Niedersachsen bislang weit verbreiteten bäuerliche
34 Landwirtschaft ist dieses Umsteuern überlebenswichtig. Die Politik der letzten
35 Jahrzehnte hat den Bäuerinnen und Bauern geschadet: Etwa ein Drittel der
36 Betriebe mussten in den letzten 15 Jahren schließen. Ihre Flächen wurden

37 vielfach von Großbetrieben übernommen. Solange drei Viertel der
38 Agrarfördermittel pauschal an die Fläche gekoppelt sind, profitieren vor allem
39 die Großen. In Deutschland erhalten inzwischen ein Viertel der Betriebe fast 70
40 % der Agrarsubventionen. Die pauschale Flächenprämie führt außerdem zu einer
41 Subventionierung von Landbesitz statt von Landbewirtschaftung und sie erhöht die
42 Pachtpreise. Über 50% der bewirtschafteten Nutzfläche sind inzwischen gepachtet.
43 Mit einer Neuausrichtung der Förderung wollen wir das grassierende Höfesterben
44 endlich stoppen. Gibt es kein Umsteuern, wird das Ergebnis endgültig eine
45 industrielle Landwirtschaft mit all ihren negativen Auswirkungen auf die Umwelt
46 und den ländlichen Raum sein. Deshalb kämpfen wir GRÜNEN an der Seite der
47 zehntausenden Bürgerinnen und Bürger, die sich bei der Wir-haben-es-statt-
48 Demonstration am 19. Januar in Berlin nachdrücklich für eine sozial- und
49 umweltverträgliche wie tiergerechte Landwirtschaft eingesetzt haben. Darum geht
50 es bei der Europawahl am 26. Mai.

51 Die Hungererfahrung der Nachkriegszeit war 1957 der Anlass, die
52 Vergemeinschaftung der Agrarpolitik in den Römischen Verträgen festzuschreiben.
53 Bei der Erreichung des Ziels einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung war
54 die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sehr erfolgreich: Bereits
55 in den 1970er Jahren produzierten die Bäuerinnen und Bauern in der EWG mehr
56 Nahrungsmittel, als gebraucht wurden. Für Nahrungsmittel mussten immer geringere
57 Einkommensanteile aufgewandt werden. Das eröffnete den Bürger*innen die
58 Möglichkeit, die freiwerdenden Mittel für andere Waren und Dienstleistungen zu
59 verwenden und war so eine wesentliche Ursache für wachsenden Wohlstand. Sechzig
60 Jahre später müssen wir die Landwirtschaftspolitik endlich den veränderten
61 Bedingungen anpassen. Die EU hat sich den Zielen des Klimaschutzes, der
62 Erhaltung der biologischen Vielfalt und der globalen Gerechtigkeit verpflichtet.
63 Bislang konterkariert die Agrarpolitik massiv die Nachhaltigkeitsziele der EU.
64 Es ist mehr als überfällig, auch die Agrarpolitik an den Nachhaltigkeitszielen
65 der EU auszurichten.

66 Deshalb wollen wir die Agrarförderung schrittweise zur Honorierung von Umwelt-
67 und Tierschutzleistungen der Landwirtschaft sowie zur Förderung einer
68 bäuerlichen, flächengebundenen Landwirtschaft einsetzen. Pauschale
69 Flächenprämien – die sog. Direktzahlungen - wollen wir im Laufe der kommenden
70 Förderperiode 2028 vollständig auslaufen lassen und die freiwerdenden Mittel in
71 vollem Umfang umlenken. EU-Fördergelder sollen Betriebe künftig nur noch für
72 Leistungen bekommen, die im Umwelt-, Natur-, Klima-, und Tierschutzbereich über
73 gesetzliche Standards hinausgehen. Wir widmen so den bisherigen Grundsatz „Wer
74 viel Fläche hat bekommt viel Geld vom Staat“ um – und fördern so gerade
75 bäuerliche Betriebe, die sich auf gesellschaftlich gewollte Anforderungen
76 einstellen.

77 Zur Sicherung von Agrarökosystemen wollen wir den ökologischen Landbau verstärkt
78 fördern.

79 Gleiches gilt für die flächengebundene Tierhaltung: Nur wenn die Tierhaltung zu
80 der verfügbaren Fläche passt, kann das Futter vor Ort gewonnen und die
81 anfallenden Wirtschaftsdünger auch vor Ort genutzt werden. Die von der Fläche
82 weitgehend entkoppelte industrielle Landwirtschaft ist zudem auf Überschüsse und
83 Export ausgerichtet. Mit dieser Produktionsweise werden regionale Märkte in
84 Entwicklungs- und Schwellenländern ruiniert. Zugleich importieren wir aus diesen
85 Ländern Unmengen Futtermittel; deren Anbau zerstört dort die Böden und
86 Regenwälder und raubt den Menschen dort direkt ihre Nahrungsgrundlage. Um bei
87 flächengebundener Tierhaltung und damit geringeren Tierzahlen ein vernünftiges

88 Einkommen zu erzielen, muss die Wertschöpfung je Tier gesteigert werden. Das
89 geht z.B. durch transparente und nachvollziehbare Haltungskriterien im Sinne des
90 Tierschutzes: Genauso wie die Zertifizierung der Eier nach Haltungsformen ist
91 auch eine Fleischkennzeichnung erforderlich, am besten auf Ebene der
92 Europäischen Union!

93 **Klimaschutz – nur mit einer Wende in der Agrarpolitik**

94 Die Landwirtschaft in Niedersachsen ist vor allem durch Massentierhaltung,
95 Überdüngung und Landnutzungsänderungen für etwa ein Viertel der von Menschen
96 verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Durch eine zielgerichtete
97 Förderung von weniger Düngereinsatz und die Humusanreicherung in Böden, durch die
98 Förderung von Grünland und hohen Wasserständen sowie standortangepassten,
99 innovativen Produktionsweisen (z.B. Paludikultur) auf Moorböden können
100 Landwirt*innen einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

101 **Artenvielfalt statt Monokultur; Umweltfolgen bei der Pestizidzulassung stärker 102 berücksichtigen**

103 Wo früher Gehölze, Hecken und bunte Wiesen Insekten und Vögeln Nahrung und
104 Schutz boten, hat die Intensivlandwirtschaft vielfach die ökologische Qualität
105 und das Landschaftsbild massiv verschlechtert. Die Folgen werden immer stärker
106 sichtbar: Die Umwandlung einer vielfältigen Kulturlandschaft zur intensiv
107 genutzten großräumig monotonen Agrarlandschaft hat einen anhaltenden
108 Artenrückgang ausgelöst: Drei Viertel der Insekten und mehr als die Hälfte aller
109 Feldvögel sind seit 1980 verschwunden. Strukturvielfalt muss ein zentrales
110 Förderziel der EU-Agrarpolitik werden.

111 Neben dem Verlust von Lebensräumen sind Pestizide wesentlich für das
112 Artensterben verantwortlich. Bei der Zulassung von Pestiziden müssen deshalb
113 Umweltfolgen stärker berücksichtigt werden. Es ist ein Erfolg, dass die einer
114 Zulassung zu Grunde liegenden wissenschaftlichen Studien jetzt offengelegt
115 werden müssen. Das reicht aber nicht. Die EU muss vor der Zulassung
116 Wechselwirkungen mit anderen Mitteln und ökotoxische Langzeitfolgen prüfen.
117 Solange die Unschädlichkeit eines Wirkstoffes nicht nachgewiesen ist, darf
118 dieser nicht zugelassen werden. Besonders schädliche Pestizide wie
119 Neonicotinoide und Totalherbizide wie Glyphosat sind umgehend zu verbieten.
120 Ausnahmegenehmigungen einzelner Mitgliedsstaaten wie beim Einsatz der wenigen
121 bereits verbotener Neonicotinoide z.B. beim Zuckerrübenanbau müssen verhindert
122 werden. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als
123 Genehmigungsbehörde muss eigene Studien erstellen, statt sich auf
124 Herstellerstudien zu verlassen. Wir wollen Düng- und Pestizideinträge
125 verringern und saubere Gewässer und fruchtbaren Boden als Grundlage
126 landwirtschaftlicher Produktion erhalten.

127 **Tiere wirksam schützen, Lebensbedingungen verbessern**

128 Schweine, Masthühner, Puten und andere Nutztiere brauchen deutlich mehr Platz
129 und Auslauf! Die bisherigen Bedingungen unter anderem für die über acht
130 Millionen Schweine in Niedersachsen sind eine Sauerei. Bis zu 110 Kilogramm
131 schwere Mastschweine müssen mit 0,75 Quadratmetern auskommen; bis zu 23
132 Masthühner werden auf einem Quadratmeter zusammengepfercht. Deutschland und
133 Niedersachsen sind gefordert, EU-Tierschutzrecht auch konsequent umzusetzen, wie
134 z.B. das Verbot des regelmäßigen Kupierens der Ringelschwänze bei Schweinen.
135 Damit würden sich auch die Haltungsbedingungen verbessern, weil das eine
136 Voraussetzung ist, um das Schwanzbeißen zu verringern. Wenn Mitgliedsstaaten,
137 wie in diesem Fall Deutschland, EU-Vorgaben nicht einhalten, werden wir darauf

138 drängen, dass die EU schneller und konsequenter auch Sanktionen verhängt. Auch
139 durch Anreize wie z.B. Investitionsbeihilfen für artgerechtere Stallneubauten
140 oder Weideprämien wollen wir befördern, dass Tiere besser ihren artgemäßen
141 Ansprüchen entsprechend gehalten werden.

142 Wir brauchen eine nachdrückliche Umsteuerung in der Agrarpolitik. EU-rechtliche
143 Vorschriften im Bereich der Zulassung von Pestizidwirkstoffen wollen wir
144 verschärfen, die Regelungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung endlich an den
145 Bedürfnissen der Tiere ausrichten. In Niedersachsen setzen wir uns dafür ein, im
146 Tierschutz Vorreiter zu werden. Dort wo Land und Bund EU-rechtliche Regelungen
147 nicht konsequent umsetzen, wollen wir Europa stärken: geltendes Recht muss
148 durchgesetzt werden, die EU darf kein zahloser Tiger sein!

149 Fördermittel darf es zukünftig nur geben, wenn dadurch über die gesetzlichen
150 Standards hinaus gesellschaftliche Leistungen erbracht werden. Die bei der
151 Abschaffung der landwirtschaftlichen Flächenprämien freiwerdenden Mittel wollen
152 wir konsequent in die Förderung

- 153 • einer vielfältigen und artenreichen Agrarlandschaft,
 - 154 • der Anpassung der Düngemengen auf den Pflanzenbedarf,
 - 155 • der Minimierung des Antibiotika- und Pestizideinsatzes und
 - 156 • einer artgerechteren Tierhaltung
- 157 umschichten.

158 Die Europäische Agrarpolitik braucht die GRÜNE Handschrift. Jetzt. Packen wir es
159 gemeinsam an!